DIE LINKE.

IM GMÜNDER GEMEINDERAT

**Stellungnahme
zum
Haushalt 2020**

Vom Fraktionsvorsitzenden Sebastian Fritz

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Herr Erster Bürgermeister Dr. Bläse,
Herr Bürgermeister Mihm,
meine Damen und Herren,

unsere diesjährige Haushaltsrede haben wir überschrieben mit dem Titel:

Neue Impulse für die Stadt

Genau diese wünschen wir uns auch für die kommenden Jahre, und wie heute in den Zeitungen zu lesen war, gehen wir als linke Fraktion, zusammen mit den Grünen, der SPD und den Freien Wähler Frauen, der Bürgerliste und der FDP dabei mutig mit eigenen Vorschlägen voran. Zu unserem Antrag auf eine „Lebenswerte Altstadt“ komme ich aber noch später.

Neue Impulse sind angesichts der Lage bei Bosch AS auch dringend notwendig. Der Schock über die Ankündigung eines noch weitergehenden Arbeitsplatzabbaus als dem, der bereits angekündigt wurde, sitzt noch immer tief. Unsere Fraktion findet das Verhalten des Bosch Managements absolut inakzeptabel und verurteilt dies scharf. Wenn nun noch ein weiterer Arbeitsplatzabbau bis 2026 droht, dann gefährdet dies die wirtschaftliche und soziale Existenz der Beschäftigten, ihrer Familien und der Zulieferbetriebe. Angesichts des eingeschlagenen Weges miteinander zu reden um an einer Lösung, die auf Beschäftigungssicherung und Weiterqualifizierung setzt, ist die jetzige Ankündigung ein Schlag ins Gesicht. Insbesondere deshalb, da es von Seiten des Betriebsrates und der Gewerkschaft immer das Bestreben gab, auch nach Kompromissen zu suchen. Dafür braucht es aber gegenseitiges Vertrauen und das ist spätestens jetzt komplett verspielt. Neben den katastrophalen Folgen für das persönliche Schicksal der einzelnen Beschäftigten, zeigt dieses Vor-

gehen aber auch ein inakzeptables Verhalten gegenüber der gesamten Stadt und der Region! So haben wir uns als Stadt trotz angespannter Haushaltslage und dem Großereignis der Landes- und der Remstalgartenschau immer bemüht, die Kinderbetreuung, die Infrastruktur usw. auch für Bosch AS laufend anzupassen. Wenn diese Ankündigung des massenhaften Arbeitsplatzabbaus dann die entgegengebrachte Wertschätzung sein soll, dann ist das nicht mehr mit Worten zu fassen. Unsere Fraktion steht solidarisch an der Seite der Belegschaft und der IG Metall und wird sich selbstverständlich auch an Aktionen beteiligen.

Die Aufgaben für die Kommunen sind immens, die finanziellen Möglichkeiten allerdings höchst unterschiedlich und in immer mehr Kommunen höchst problematisch. Dies hat verschiedene Ursachen. Sie, Herr Oberbürgermeister, weisen zu Recht Jahr für Jahr auf den Umstand hin, dass die Landes- und die Bundespolitik Gesetze erlassen, die Finanzierung der darin enthaltenen Regelungen obliegt aber den Kommunen. Das ist angesichts von sprudelnden Steuereinnahmen sowohl im Bund als auch im Land unerhört!

Unsere Forderung der letzten Jahre, sich auf der Ebene des Städtetags für eine Umkehr einzusetzen, ist leider ein ums andere mal ohne Ergebnis verstrichen.

Wir fordern Sie, Herr Oberbürgermeister, daher auf, auf den Landtagsabgeordneten Herrn Scheffold und die beiden Bundestagsabgeordneten Barthle und Lange zuzugehen und gemeinsam mit anderen Bürgermeistern der Region eine Initiative für die dringend notwendige Reform der Gemeindefinanzen zu starten.

An dieser Stelle möchte ich den ehemaligen bayerischen Ministerpräsident Günther Beckstein mit den Worten zitieren:

„Die Kommunen sind die Keimzelle der Demokratie“

Gerade in Zeiten wie diesen, wo nicht wenige die Demokratie durch rechte Terrorgruppen und deren politischen Arm, die AfD, in den Parlamenten in Gefahr sehen, sollten wir alles dafür tun, dass sich die finanzielle Situation der Kommunen endlich rasch verbessert und somit das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates aufrechterhalten bleibt. DIE LINKE fordert seit Jahren an der Seite des Deutschen Gewerkschaftsbunds und des Deutschen Städte- und Gemeindebunds eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindefortschrittssteuer. Dafür müssten die Bemessungsgrundlagen erweitert und freie Berufe mit einbezogen werden. Dies führt zu einer Verstärkung und Erhöhung der Einnahmen und damit zu mehr Planungssicherheit für die Kommunen.

Wie es auf Länderebene anders geht, zeigt das Beispiel Thüringen. Auf eine parlamentarische Anfrage des kommunalpolitischen Sprechers der Linken in Thüringen aus dem Februar dieses Jahres ging hervor, dass sich die Einnahmeseite der Kommunen in Thüringen in den letzten fünf Jahren kontinuierlich verbessert hat. So stiegen die Finanzmittel der Kommunen um rund ein Drittel. Und damit wird die rot-rot-grüne Landesregierung mit einem linken Ministerpräsidenten weitermachen. Dass dies nicht bereits längst möglich geworden ist, hängt bekanntlich mit dem skandalösen Wahlverhalten der CDU und der FDP im Thüringer Landtag zusammen. Unsere Fraktion in Schwäbisch Gmünd bietet auf jeden Fall trotz Unvereinbarkeitsbeschlusses mit uns zusammen zu arbeiten an, dass wir die eben genannte Initiative sehr gerne mit unterstützen und wir nehmen Ihren Appell, Herr Oberbürgermeister, gerne auf, über Parteigrenzen hinweg für Verbesserungen zu werben.

Trotz angespannter Haushaltsslage vertreten wir den Standpunkt, dass wir dennoch weitere Schritte für eine lebenswerte Stadt initiieren sollten. Dies nicht zuletzt auch unter dem Aspekt des Klimaschutzes, bei den

Herausforderungen, die Bürgerinnen und Bürger für eine Veränderung im Mobilitätsverhalten zu gewinnen, dem Leerstand auch mit neuen städtebaulichen Ideen zu begegnen und natürlich den Einzelhandel und dessen Bestehen gegen den weiter expandierenden Onlinehandel zu unterstützen. Zugegeben, dies sind alles große Herausforderungen, aber zusammen mit den jeweiligen Akteuren wollen wir, ausgehend von der Altstadt, Impulse für die Gesamtstadt setzen!

Unserer Fraktion ist es dabei besonders wichtig, dass, unter Berücksichtigung des Erhalts von Anwohnerparkplätzen, die freiwerdende Fläche neu verteilt werden kann. Dabei sollte das Hauptaugenmerk auf die Fußgänger*innen, die Radfahrer*innen und den ÖPNV gelegt werden. Außerdem erwarten wir ein Grünkonzept, welches die Aufenthaltsqualität verbessert und an dafür geeigneten Stellen auch den Anwohner*innen ein Stück Vorgarten zur Verfügung stellt. Ausgehend von der Altstadt müssen dann die Wegebeziehungen für die Fußgänger*innen, die Radfahrer*innen und auch die Omnibusse auf den Prüfstand gestellt und optimiert werden. Das Landesprogramm bietet dafür eine gute Grundlage. Der Einzelhandel ist aktuell noch über eine sehr große Fläche verteilt. Hier stellen wir uns ein Konzept vor, das die bestehenden Einzelhandelsgeschäfte langfristig konzentriert und letztlich damit die Einkaufsstadt Schwäbisch Gmünd attraktiver macht. Individuelle, charmante, inhabergeführte Konzepte, wie z.B. das der Seitengässler, sind da ebenfalls zu berücksichtigen wie die großen Ladengeschäfte. Der neu zu schaffende Servicepoint für den Einzelhandel bietet eine optimale Gelegenheit, um deren Interessen gebündelt und im Dialog zwischen Verwaltung, Einzelhandel, Bürgerschaft und Gemeinderat einfließen zu lassen. Unabhängig von dem Konzept der lebenswerten Altstadt darf ich für unsere Fraktion für den Servicepoint die volle Unterstützung zusagen. Wir betrachten dies als ersten Anfang, den es jetzt zunächst einmal befristet auszuprobieren gilt. Gleichwohl möchten wir dabei aber unsere Erwartung zum Ausdruck bringen, dass neben der Kümmereraufgabe es auch

wichtig ist, weitere wichtige Impulse für den gesamten Einzelhandel in der Stadt zu entwickeln und mit Nachdruck deren Umsetzung zu verfolgen.

Der Tourismus als weiterer Wirtschaftsfaktor nimmt an Bedeutung zu. Das ist eine tolle Entwicklung. Hier stellen wir uns weitergehend vor, dass eine gute und attraktive Verbindung zwischen den einzelnen Parkmöglichkeiten und dem Bahnhof außerhalb der Altstadt geschaffen werden muss. Die E-Stromer als Hop on - Hop off - Gelegenheit wären neben einer deutlich besseren Busverbindung, als dies heute der Fall ist, eine ideale Ergänzung.

Für das Wohnen im Altstadtbereich erwarten wir uns ebenfalls eine große Belebung. Wir sind der festen Auffassung, dass es gegen Leerstand und einen sanierungsbedürftigen Häuserbestand auch neue Ideen benötigt. Wir schlagen daher vor, z.B. in den Schmiedgassen damit zu beginnen, neben der Verkehrsberuhigung das Wohnen im EG zuzulassen und neben der Haussanierung einen kleinen Teil des bisherigen Straßenraums für Grün umzuwidmen. Das stellt aus unserer Sicht einen Anreiz dar, der als Impuls eine Strahlkraft in andere Bereiche haben kann.

Um neben Anreizen für die Belebung des Leerstands etwas zu tun, meinen wir aber auch, dass wir unter Umständen zu anderen Mitteln greifen sollten. Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, immer weiter wertvolle Flächen im Außenbereich zu versiegeln und zu erschließen und gleichzeitig über einen solch hohen Leerstand zu verfügen. Daher regen wir an zu prüfen, ob es wie in Stuttgart die Möglichkeit gibt, eine Nichtbelegungsabgabe für Immobilien einzuführen. Ferner warten wir noch immer auf die Vorstellung des „Instrumentenkoffers“ in Sachen Wohnen am oberen Marktplatz. Das, was hier seit Jahren geschieht, ist nicht nur ein Trauerspiel, sondern wirklich eine Sauerei!

Ebenfalls interessant wären möglichst genaue Erhebungen über den Leerstand im Altstadtbereich. Dies auch als Grundlage für das Konzept der lebenswerten Altstadt. Uns ist bewusst, dass dies nicht einfach ist, aber dennoch möchten wir die Verwaltung bitten, nach Möglichkeiten der Erhebung zu schauen. Dabei denken wir auch an das Programm der Wohnraumoffensive von Hans Peter Reuter.

Die Schaffung von Wohnraum wird uns natürlich auch in diesem Jahr beschäftigen. Unsere Fraktion sieht weiterhin einen Bedarf, allerdings gilt dies für alle Bevölkerungsschichten. Vor allem diejenigen mit einem kleinen Budget haben oft bei der Suche nach preisgünstigem Wohnraum das Nachsehen. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die VGW, zu deren ureigener Aufgabe dies auch gehört, nun einige Projekte in diese Richtung angeschoben hat und in Kürze dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stellen wird. Im Sozialausschuss im November letzten Jahres durften wir auch die hohen Anstrengungen der Caritas und der Fachstelle Wohnungsnotfallhilfe der Stadtverwaltung erfahren. Dennoch berichten alle unabhängig voneinander, dass das Netzwerk in Gmünd zwar gut funktioniere, aber dass der Wohnungsmarkt in diesem Segment weiterhin sehr angespannt sei.

Unsere Fraktion wiederholt die Forderung, wonach bei großen Wohnbauprojekten zumindest ein 25 Prozent - Anteil an preisgünstigem Mietwohnraum entstehen muss. Ferner halten wir es für notwendig, dass im Sinne einer Durchmischung der Bevölkerung auch in den Stadtteilen in den Neubaugebieten ein dezent verdichteter Wohnraum geschaffen wird. Um nicht falsch verstanden zu werden, wir reden nicht von 10-stöckigen Hochhäusern, sondern neben Einfamilienhäusern auch von beispielsweise einem 6 - Familienhaus. Bei den heutigen Baukosten ist es ohnehin so, dass sich auch Familien aus der Mittelschicht kein Einfamilienhaus mehr leisten können bzw. diese sich dann nur des Eigenheims we-

gen von vornherein übernehmen. Dabei sollte dann auch preisgünstiger Wohnraum entstehen um die eben genannte Durchmischung zu erzielen.

Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist der Klimawandel. In Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, verweisen Sie, wie eingangs bereits erwähnt, zu Recht darauf, dass die Kommunen da bisher allein gelassen werden. Nichts desto trotz sind wir der Auffassung, dass wir die Hände nicht in den Schoß legen dürfen, sondern diese Herausforderung, aufgrund ihrer Bedeutung, jetzt angehen müssen. Da vermischen wir leider die konkreten Maßnahmen in Ihrer Haushaltsrede. Doch Kommunen sind tragende Säulen des Klimaschutzes. Wir schlagen daher vor, dass der Gemeinderat noch in diesem Jahr eine Klausurtagung zum Thema klimaneutrale Kommune durchführt und eine Strategie erarbeitet, wie unsere Stadt dieses Ziel schrittweise bis 2036 erreicht. Wir wissen: Das ist äußerst ambitioniert. Aber neue Berechnungen zeigen, dass nicht mehr Zeit bleibt, um die Klimaerhitzung wirksam zu stoppen.

Außerdem haben wir noch eine ganze Reihe von kleineren ersten Sofortmaßnahmen um diesem Ziel näher zu kommen. So wurde aus der Bürgerschaft ein Vorschlag, welcher großen Zuspruch fand, laut, den unteren Marktplatz, einen Teil des Johannisplatzes und der Bocksgasse wieder mit Bäumen zu versehen. Hierfür beantragen wir die Ausarbeitung eines Grünkonzepts mit Sitzbänken, das im Herbst dieses Jahres umgesetzt werden soll.

Weiter möchten wir beantragen, sofern dies nicht bereits umgesetzt wird, dass Schottergärten in der gesamten Stadt untersagt werden. Dies gilt es natürlich auch entsprechend zu überwachen und gegebenenfalls zu maßregeln.

Den Vorschlag, in Neubaugebieten Photovoltaikanlagen vorzugeben, halten wir angesichts der stark gesunkenen Preise für diese Anlagen und angesichts des Ziels die Energiewende voranzutreiben, für sinnvoll. Hierbei stellen wir uns vor, dass die Stadtwerke als aktiver Partner für die potenziellen Häuslebauer dienen könnten und somit ein neues Geschäftsfeld erschlossen werden kann. Als Kunde der Gmünder Stadtwerke ist uns auch nicht die Hauspost dieser Woche entgangen, wo genau das in Zukunft forciert werden soll. Prima!

Wir bitten die Verwaltung auch zu prüfen, ob dem Beispiel unserer Nachbarstadt Aalen folgend, ein Zuschuss für Baumpflanzungen in bestehenden Wohngebieten möglich wäre.

Das Beispiel vom Zeppelinweg hat gezeigt, dass, trotz Vorgabe von Seiten des Bau- und Umweltausschusses, die gesamte Fläche gerodet wurde. Das ist ein völlig inakzeptabler Vorgang, den es noch aufzuklären gilt. Gerade deshalb ist es aus unserer Sicht notwendig, dass wir für die Zukunft eine Baumschutzsatzung erlassen. Daher beantragen wir eine solche.

Der vom OB seit langem angekündigte und von ihm immer wieder zitierte sogenannte „Klimarat“ bestand bislang aus nichts weiter als einer einzigen Veranstaltung, der in diesem Jahr zwei weitere folgen sollen. Dieses Format ist für uns völlig unverständlich, das ist kein Klimarat! Wir möchten daher die Verwaltung bitten, dieses Format von Grund auf zu überarbeiten und wichtige Partner aus der Stadt als feste Diskussionspartner in die Arbeit einzubeziehen. Ich meine, die Aufgabe des Gemeinderats besteht ja auch nicht darin, dass er einen abendfüllenden Inputvortrag zu hören bekommt und dann auseinander geht ohne zu wissen, was jetzt eigentlich konkret erfolgt. Der Klimarat sollte aus unserer Sicht daher als Gremium „arbeiten“ und diskutieren können und vor allen

Dingen die im Dialog ausgearbeiteten Maßnahmen, die zum Klimaschutz beitragen, benennen. Sonst hat das ganze eher den Anschein einer reinen Alibiveranstaltung.

Außerdem halten wir es für notwendig, ein Bürgerforum „nachhaltige Stadt“ einzurichten. Hierbei soll es für alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit geben, ihre Ideen einzubringen und gemeinsam mit der Verwaltung an deren Umsetzung zu arbeiten.

Außerdem möchten wir die Verwaltung bitten, aufzuzeigen, ob und wie sie die Ziele von Bund und Land in Sachen Flächenverbrauch umsetzt. Insbesondere hätten wir gerne eine genaue Auskunft über den jährlichen Flächenverbrauch unserer Stadt und einen exakten Plan für die kommenden Jahre wie die Flächenverbrauchsziele von Bund und Land erreicht werden.

Der Mobilitätssektor ist weiterhin der Bereich, der stark steigende CO₂ - Emissionen aufzuweisen hat. Allein der Vergleich von 2018 zu 2019 weist für den Ostalbkreis eine Zunahme der gemeldeten PKWs von 1,5% auf. Der Umbau auf CO₂-arme oder gar CO₂-freie Mobilität wurde nicht nur viel zu lange verschlafen, sondern geht auch heute noch zu langsam.

An dieser Stelle möchten wir auch nochmals einen deutlichen Appell an den Kreistag und an den jetzigen und auch an die oder den neue/n Landrat / Landrätin richten:

Der ÖPNV gehört mit zum bedeutendsten Transportmittel um die Mobilitätswende zu erreichen und daher muss neben dem Vollverbund und den verbesserten Taktzeiten auch das Senioren- und 365 Euro - Ticket schnellstmöglich kommen! Die Kosten sollten unseres Erachtens nicht

als Argument dagegen dienen. Dafür ist der damit verbundene Klimaschutz bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich viel zu wichtig!

Unsere Fraktion möchte erneut eine Prüfung beantragen, wonach die Möglichkeit von Busspuren, die auch vom Fahrrad wie unter der Pfitzerbrücke genutzt werden können, untersucht wird. Diese könnten dann auch wie in der Vorderen Schmiedgasse Richtung Baldungkreisel für E-Fahrzeuge freigegeben werden.

Außerdem möchten wir das Thema eines Fahrradstraßennetzes erneut aufgreifen. Wir beantragen daher die Erstellung eines solchen Konzeptes und nach der Einbringung in den Gemeinderat dessen Umsetzung. Dieses Netz soll dazu dienen, die Schulwege der Kinder aus der Innenstadt sicherer zu machen und vor allen Dingen eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr anzubieten. Durchaus denkbar ist eine Kombination aus Fahrradstraßen und Busspuren. Dies muss dann im Einzelnen geprüft und diskutiert werden.

In Sachen Fahrradinfrastruktur geht es leider nur im Schneckentempo voran. Das hat verschiedene Gründe, einer davon ist, bezogen auf die Buchstraße, die fehlende Finanzierung. In der Weißensteiner Straße sind es die parkenden Autos usw.

Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich Alternativen zum motorisierten Individualverkehr attraktiv gestalten wollen und Sie, Herr Oberbürgermeister, haben unter anderem die Bedeutung des Fahrrads in diesem Zusammenhang in Ihrer Haushaltsrede betont, dann braucht es hier ein entschlosseneres Handeln, dem mehr Aufmerksamkeit und Priorität beigemessen wird.

Unsere Fraktion sieht es daher als Chance an, über das Thema Radinfrastruktur nochmals unter dem Gesichtspunkt der Lärmaktionsplanung

und der damit einhergehenden Geschwindigkeitsreduzierungen auf Tempo 30 zu überlegen, wie wir den Radverkehr sicher und vor allen Dingen durchgängig mitführen können. Daher freuen wir uns auf die kommenden Debatten und werden diese aktiv begleiten.

Vor einigen Jahren gab es eine Aktion, bei der die verschiedenen Ladengeschäfte der Stadt individuell gestaltete Einhörner kreiert haben. Diese stehen zum Teil noch heute vor den Geschäften. Wir regen eine ähnliche Aktion an, mit fest installierten Fahrradständern. So schwebt uns vor, ein stabiles Grundgerüst allen teilnehmenden Geschäften zur Verfügung zu stellen, das diese dann gestalten und aufstellen können. Das sorgt für ein abwechslungsreiches Bild und das Einkaufen mit dem Rad in der Altstadt wird noch attraktiver.

Wir freuen uns sehr, dass unser Vorschlag für zwei P&R - Parkplätze im Schießtal und auf dem Nepperbergparkplatz aufgenommen wurden. Wir würden uns wünschen, dass ein solcher Standort auch aus Richtung Süden kommend geprüft wird, denn gerade in der Südstadt wurden die Klagen über zu viel Parksuchverkehr in letzter Zeit größer. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil dort aktuell noch keine Parkraumbewirtschaftung stattfindet. Daher würde uns auch die Sicht der Verwaltung zu dieser Thematik in Form eines Berichtes interessieren.

Außerdem möchten wir die Verwaltung bitten, einen Bericht zu erstellen, ob die Naturstromer als Hopp on hopp off - Zubringer für die P&R - Parkplätze dienen können. Insbesondere die Taktzeit und die Streckenführung spielen hierbei eine große Rolle. Falls dies nicht geht oder größere Reparaturen bei den Naturstromern anstehen sollten, bitten wir die Kosten zu beziffern. Ebenfalls als sinnvoll erscheint uns dabei, dass dies im neu geschaffenen Lenkungsreis vorgestellt wird, um dessen Meinung einzubeziehen.

Sollte es im Haushalt nicht vorgesehen sein, beantragen wir die Einrichtung von abschließbare Fahrradboxen in der Innenstadt. Wenn möglich auch mit Stromanschluss für E-Bikes.

Die Radwegeinfrastruktur in der Innenstadt ist das eine, die Verbindung in die Stadtteile ist ebenfalls von großer Bedeutung. Daher möchten wir um einen Bericht bitten, wie die Verbindungen aktuell sind und welche Verbesserungen in den nächsten Jahren angedacht werden, um möglichst alle Stadtteile mit dem Fahrrad zu erreichen.

Als letzten Punkt möchten wir anregen, dass die Aktion aus dem letzten Jahr, wo der ÖPNV am verkaufsoffenen Sonntag kostenlos war, wiederholt und um weitere markante Tage erweitert wird.

Im zurückliegenden und zu Beginn des jetzigen Jahres hatten wir zum wiederholten Male eine Diskussion über die Gebühren für die Kinderbetreuung. Die anstehende Erhöhung wird von den Eltern als überzogen kritisiert und insbesondere die Gebühren für die U3-Betreuung sind, nicht zuletzt im Städtevergleich, sehr hoch. Einerseits verstehen wir die Eltern und andererseits wissen wir um den großen Sanierungsstau in vielen Bereichen. Auch hier werden die Kommunen allein gelassen! Daher beantragen wir auch hier zumindest eine symbolische Aktion in Form einer öffentlichkeitswirksamen Unterstützung des Volksbegehrens für Gebührenfreiheit bei den Kitas. Dem Beispiel werden sicher auch weitere Kommunen folgen, sodass der Druck auf die Landesregierung erhöht wird. Gebührenfreie Kitas sollten eine Selbstverständlichkeit sein – für alle, zuallererst aber für sozial schwache Familien!

Außerdem wünschen wir uns einen Bericht, was die Prüfung des Elternwunschs auf Flexibilisierung der Randzeiten in der Kinderbetreuung ergeben hat.

Und als letzten Punkt wollen wir dann in dem Zusammenhang nochmals das Thema der Einkommensgestaffelten Gebührenerhebung ansprechen. Sie, Herr Dr. Bläse, haben natürlich zurecht darauf hingewiesen, dass, wenn wir an der einen Stelle Gebühren nachlassen, wir diese an anderer Stelle wieder erwirtschaften müssen. Wir haben die Eltern aber auch so verstanden, dass es schon eine Hilfe wäre, wenn es zu geringen Entlastungen oder zumindest zu einem Aussetzen der geplanten Erhöhung käme. Von daher wäre es doch überlegenswert, eine geringe Differenzierung, die sich am Einkommen orientiert, einzuräumen. Wir würden hierüber gerne eine sachliche Diskussion führen, bei der die Verwaltung die Möglichkeiten und Konsequenzen aufzeigt. Daher schlagen wir zu der Frage eine Arbeitsgruppe vor, die bis zur Sommerpause eine Machbarkeit diskutieren und erarbeiten soll.

Das Bewusstsein um die Bedeutung der frühkindlichen Bildung ist in den letzten Jahren immens gewachsen. Die Kindergärten sind nicht nur bloße Aufbewahrungsorte, sondern dort findet dem Alter der Kinder entsprechend Bildung statt. Insbesondere Kinder aus Familien, in denen die Sprache zu Hause nicht durchgängig Deutsch ist, festigen im Kindergarten ihre sprachlichen Möglichkeiten. Um diese Bedeutung wissend, bitten wir in diesem Zusammenhang um einen Bericht, wie viele Kinder in unserer Stadt keinen Kindergarten besuchen.

Besonders loben möchten wir den weiterhin hohen Aufwand, der bei der Sanierung der Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen geleistet wird. Insbesondere den überfälligen Start in den Bildungsstandort Mozartschule möchte ich hier erwähnen.

Ferner möchten wir die Verwaltung um Aufarbeitung des Bildungsberichts für den Verwaltungs- oder Sozialausschuss bitten. Hierbei interessiert uns insbesondere der Vergleich mit den umliegenden Städten um die Gründe für Unterschiede zu ermitteln und daraus dann auch Schlüsse zu ziehen.

Der Museumsverein trat an die Fraktionen mit einer Bitte heran, die Dauerausstellung im Museum kostenfrei besuchen zu können. Dies möchten wir gerne aufgreifen und, sofern dies noch nicht umgesetzt wurde, beantragen, dies zu gewähren bzw. den dadurch entstandenen Ausfall an Eintrittsgelder zu beziffern.

Die Bonuscard ist nun umgesetzt und wird sehr gut angenommen. Auch haben sich die Angebote um weitere wichtige und attraktive Partner ergänzt. In diesem Zusammenhang möchten wir noch eine weitere Idee aus Tübingen aufgreifen. Dort wurde für die Bonuscard ein Budget eingerichtet. Unter anderem werden daraus Vereine bezuschusst, die einen Inhaber der Bonuscard in den Verein aufnehmen. Wir beantragen diesem Beispiel zu folgen und schlagen vor, ein Budget von 3000 Euro dafür einzusetzen.

Die Stadt hat, wie viele andere Städte und die Wirtschaft, mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen. Hierbei sind gute Ideen gefragt und wir haben da ein großes Vertrauen in die Verwaltung, dass diese kreativ an dieses Thema herangeht. In Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, haben Sie dazu auch wichtige und richtige Vorschläge erwähnt. Wichtig ist dabei aber auch, dass die Stadt als gute Arbeitgeber*in in Erscheinung tritt. Da sehen wir leider weiterhin eine Schieflage bei zwei Bereichen. Zum einen ist das die Fremdvergabe bei der Reinigung und zum ande-

ren die Fremdvergabe bei der Grünpflege. Dies hat sich auch mit der neuen Fraktion nicht geändert. 2016 war Herr Langer von der Stadtverwaltung auf unseren Antrag im Verwaltungsausschuss. Er hat damals einen ausführlichen Bericht zur Fremdvergabe der Gebäudereinigung in den städtischen Liegenschaften vorgelegt. Dabei wurde deutlich, warum es der Stadt Jahr für Jahr gelingt in diesem Bereich eine steigende Summe einzusparen. Das Lohngefälle von städtischen Beschäftigten zu denen aus den Fremdfirmen und die **geforderten 45 Prozent mehr an Leistung** tragen hierzu wesentlich bei. Aus Sicht der Fraktion der Linken ist dies geradezu ein Skandal und daher beantragen wir erneut, dies sukzessiv zurückzuführen. Übrigens hat Herr Langer in der Sitzung auch eingeräumt, dass diese geforderte Leistung ein Arbeitsleben lang kaum zu leisten sei.

Die Kommune und ihre städtischen Töchter sind wichtige Auftraggeber in der Region. Wir unterstützen den eingeschlagenen Weg, die regionalen Handwerksbetriebe einzubinden. Allerdings kommen auch dort immer häufiger Subunternehmer zum Zuge. Wie wir wissen, müssen die Auftragnehmer die Tariftreue sicherstellen und gewährleisten. Ob diese aber bei den Subunternehmern ebenfalls eingehalten wird, entzieht sich oft deren Erkenntnis bzw. es wird auf die bestehenden Verträge gepocht. Wir möchten die Verwaltung bitten, einen Bericht dazu anzufertigen und diese Problematik im Verwaltungsausschuss zum Thema zu machen.

Direkt dazu regen wir an zu prüfen, ob es nicht Sinn machen würde, bei der Verwaltung eine zentrale Stelle zu schaffen, die für die Vergabe von Aufträgen und die Beschaffung von Materialien des täglichen Verwaltungshandelns notwendig sind. Eine Zentralisierung könnte nach unserer Auffassung mittelfristig Geld sparen und würde die Auftragsvergabe standardisieren. So könnte besser sichergestellt werden, dass ökologi-

sche Gesichtspunkte und Grundsätze der Wirtschaftlichkeit konsequent beachtet werden.

Ein ganz wichtiger Punkt ist uns noch die Bürgerbeteiligung in der Stadt. In den letzten Jahren wurde bei vielen Projekten deutlich, dass die Bürgerschaft nicht nur informiert, sondern auch in die Entscheidungen einbezogen werden möchte. Daher beantragen wir, dass es bei jeder Gemeinderatssitzung die Möglichkeit gibt, Bürgeranfragen zu stellen.

Außerdem möchten wir im Sinne von guten Diskursvoraussetzungen und einer besseren Sitzungskultur anregen, die Möglichkeit zu prüfen, den Sitzungssaal ohne großen finanziellen Aufwand kommunikationsfreundlicher zu gestalten. Meist können die Gemeinderatsmitglieder nicht einmal sehen, wer gerade spricht, weil man sich über das Mikrofon (womöglich am Nachbarplatz) beugen muss, um verstanden zu werden. Zumindest in den Ausschusssitzungen sollte sich auch eine Alternative zum frontalen Gegenüber zwischen Stadtverwaltung und Gemeinderat realisieren lassen.

Unsere Fraktion versucht über ihre Arbeit im Gremium die größtmögliche Transparenz herzustellen. Immer wieder werden wir dabei von jungen Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, warum es bei uns keine Streams der Sitzungen gibt. Bisher hat die Verwaltung mit den hohen Kosten argumentiert. Wir möchten aber anregen zu prüfen, ob es nicht mit I-Pads oder anderen günstigen Geräten möglich ist, dies über die sozialen Medien beinahe kostenneutral zu ermöglichen.

Außerdem möchten wir das Hauptamt um einen Bericht bitten, ob es nach der Gemeindeordnung möglich ist:

- die Anfragen von Stadträt*innen und die Antwort der Verwaltung im Bürgerinformationssystem zu veröffentlichen bzw. einzustellen
- die Schaffung von maximaler Transparenz von Gemeinderats- Ausschussprotokollen herzustellen

Weiter regen wir an, den Jugendgemeinderat zusätzlich zum Hauptamt durch die offene Jugendarbeit zu begleiten. Nicht weil wir unzufrieden wären, aber in der Vergangenheit kam es oft vor, dass dort Themen behandelt werden, die der offenen Jugendarbeit bereits vertraut waren und dieser Input dann förderlich gewesen wäre. Außerdem ist die offene Jugendarbeit immer im Bilde, wenn es um jugendrelevante Themen geht.

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist der Neujahrsempfang durch die Stadt und den Stadtverband Musik und Gesang ein wichtiger Termin im neuen Jahr. Die Verantwortlichen geben sich große Mühe bei der Zusammenstellung des Programms und sicher wird es dennoch immer jemand geben, der noch etwas zu mäkeln hat. Uns geht es aber um etwas anderes. Seit Jahren nutzen Sie, Herr Oberbürgermeister, die Bühne, um sehr einseitig und leider hin und wieder auch gegenüber anders denkenden Bürgerinnen und Bürgern wie auch Fraktionen ausgrenzend, abzurechnen. Das Thema Hallenbad oder die Forderung nach mehr Radwegen waren solche „Höhepunkte“ dabei. Zuletzt hat der Vorsitzende des Kulturbeirates, Herr Böhmler, harte Kritik an der Amazon-Entscheidung des Verwaltungsausschusses geübt. Gerne dürfen Sie für solche Reden auch in Gmünd einen politischen Aschermittwoch der CDU einführen; beim Neujahrsempfang, zu dem die ganze Stadt eingeladen wird, ist dies deplatziert.

Meine Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister, es gibt nicht wenige in der Bürgerschaft, die mit diesem Format des Neujahrsempfangs nicht einverstanden sind und sich daher auch nicht angesprochen fühlen. Wir

meinen aber, beim städtischen Neujahrsempfang sollten wir zumindest versuchen, alle Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und ein von Parteipolitik möglichst ausgenommenes Format zu wählen. Darum möchten wir anregen, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dieser Fragestellung auseinandersetzt und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Ein weiterhin wichtiges Thema ist für uns die städtische Erinnerungskultur. Nun liegt uns ein neuer Bericht über Franz Konrad vor. Unsere Fraktion fühlt sich in ihrer Annahme bestätigt, dass es genügend Hinweise und Beweise gibt, wonach der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt sehr eng mit den Nationalsozialisten verwoben war und er keinen Widerspruch bei deren menschenverachtenden Handlungen erhoben hat. Diese Person dann mit einem Straßennamen zu ehren, halten wir angesichts der bestätigten Erkenntnisse von Herrn Professor Dr. Frederick Bacher für nicht akzeptabel. Daher beantragen wir die Umbenennung der Franz Konrad- Straße.

Auch wenn dies auf den ersten Blick kein kommunales Thema ist, so halten wir es dennoch für angebracht, den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen, so wie dies die Nachbargemeinden Täferrot, Mutlangen und der Ostalbkreis bereits getan haben. Nähere Infos unter:

<https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltswirksame Anträge:

- Bezifferung des Finanzbedarfs für das Konzept der lebenswerten Altstadt und Einstellen der Finanzmittel (Seite 5/6)
- Einführung einer Nichtbelegungsabgabe (Seite 6)
- Grünkonzept Johannisplatz, Bocksgasse und Marktplatz mit Sitzbänken (Seite 8)
- Einstellen der notwendigen Mittel für das Projekt Fahrradständer (Seite 12)
- Fahrradboxen für die Innenstadt (Seite 13)
- Kostenloser ÖPNV an „markanten“ Tagen (Seite 13)
- Kostenfreier Besuch der Dauerausstellung im Museum (Seite 15)
- Budget Bonuscard - 3000 Euro (Seite 15)
- Zentralisierung der Beschaffung und Auftragsvergabe (Seite 17)
- Live Übertragung Gemeinderatssitzungen (Seite 17/18)

Nicht haushaltswirksame Anträge:

- Initiative für die Reform der Kommunalfinanzen (Seite 3)
- Bericht „Instrumentenkoffer“ Woha (Seite 6)
- Erhebung Leerstand Altstadt (Seite 7)
- 25 Prozent Quote preisgünstiger Wohnraum (Seite 7)
- Verdichtetes Bauen in den Stadtteilen (Seite 7)
- Klausurtagung klimaneutrale Kommune (Seite 8)
- Untersagen von Schottergärten (Seite 9)
- PV-Anlagen in Neubaugebieten vorgeben (Seite 9)
- Bericht Zuschuss Baumpflanzungen (Seite 9)
- Baumschutzsatzung (Seite 9)
- Überarbeitung Format Klimarat (Seite 10)
- Bürgerforum nachhaltige Stadt (Seite 10)
- Bericht zum Erreichen der Flächenverbrauchsziele von Bund und Land (Seite 10)
- Erstellung eines Konzepts Bussspuren (Seite 11)

- Erstellung eines Konzepts Fahrradstraßennetz (Seite 11)
- Bericht über die Auswirkungen des Parkkonzepts (Seite 12)
- Bericht über den Zustand der Naturstromer (Seite 13)
- Bericht über die Radwegeverbindungen in die Stadtteile (Seite 13)
- Unterstützung der Kampagne für kostenfreie Kitas (Seite 13/14)
- Bericht über eine mögliche Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten (Seite 14)
- Einrichten einer Arbeitsgruppe für eine Gebührenstaffelung der Kita-Gebühren (Seite 14)
- Bericht Nichtbesuch von Kitas (Seite 14)
- Aufarbeitung des Bildungsberichts (Seite 15)
- Sukzessive Zurückführung Fremdvergabe (Seite 16)
- Bericht Tariftreue (Seite 16)
- Bürgeranfragen Gemeinderat (Seite 17)
- Gestaltung Sitzungssaal (Seite 17)
- Schaffung von maximaler Transparenz bei Protokollen (Seite 18)
- Begleitung des Jugendgemeinderates durch die offene Jugendarbeit (Seite 19)
- Einrichten einer Arbeitsgruppe „Neujahrsempfang“ (Seite 19)
- Umbenennung Franz Konrad- Straße (Seite 19)
- Beitritt Städteappell ICAN (Seite 19)